



Verurteilung jeglicher Form von Diskriminierung und Verfolgung – Jugend- und Familienministerinnen und -minister verabschieden Weimarer Appell

Angesichts hoher Zahlen bei der politisch motivierten Kriminalität und Besorgnis erregender Entwicklungen im Online Bereich haben die Jugend- und Familienministerinnen und -minister der Länder auf ihrer Konferenz in Weimar einen Beschluss gegen Diskriminierung und Verfolgung gefasst. Der sogenannte „Weimarer Appell“ fordert stattdessen die aktive Förderung gesellschaftlicher Teilhabe auf allen Ebenen.

Niedersachsen hat diesen Antrag mit auf den Weg gebracht. Sozialministerin Carola Reimann erklärt: „Der Einsatz gegen Diskriminierung ist zugleich ein Einsatz für Demokratie und Chancengerechtigkeit. Aber demokratisches Verhalten muss erlernt werden. Daher brauchen wir eine nachhaltige Familienpolitik, die die Erziehungskompetenz von Eltern stärkt und Kinder und Jugendliche zu gesellschaftlicher Verantwortung und sozialem Engagement befähigt“. Hier gelte es auch stärker als bisher Kritikfähigkeit und Entscheidungskompetenz zu vermitteln, damit junge Menschen zum Beispiel „Fake-News“ realistisch einschätzen können, so Reimann.

Die Jugend- und Familienministerinnen und -minister lehnen jede Form von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus kategorisch ab. Stattdessen begrüßen sie alle Initiativen, die sich für eine inklusive Gesellschaft der Vielfalt aussprechen.

Die Niedersächsische Sozialministerin Carola Reimann appelliert in diesem Zusammenhang an die Verantwortlichen in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik: „Lassen Sie uns gemeinsam Konzepte entwickeln, um junge Menschen zu selbständigen und selbstbewussten demokratischen Persönlichkeiten zu bilden.“